



KT/01/2012

Abschrift!

Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Kreistages
am Freitag, dem 24.02.2012, 15:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Kreistages,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Landrat Detlev Kohlmeier
Herr KTA Klaus Dera, 31592 Stolzenau
Herr KTA Bernd Brieber, 31608 Marklohe
Herr KTA Manfred Sanftleben, 31582 Nienburg
Herr KTA Friedrich Andermann, 31634 Steimbke
Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup
Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe (bis TOP 7)
Herr KTA Werner Dralle, 31547 Rehburg-Loccum
Herr KTA Karsten Heineking, 31606 Warmсен (ab TOP 2)
Frau KTA Dörthe Heuer, 31603 Diepenau
Herr KTA Fritz-Karsten Hüneke, 31628 Landesbergen
Herr KTA Rüdiger Kaltofen, 31604 Raddestorf
Herr KTA Henry Koch, 31622 Heemsen
Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen
Herr KTA Alfred Plate, 31618 Liebenau
Herr KTA Wilhelm Schlemmermeyer, 31582 Nienburg
Herr KTA Dr. Frank Schmädeke, 31622 Heemsen
Frau KTA Tanja Schröder-Bohm, 31600 Uchte
Herr KTA Friedrich Sieling, 31613 Wietzen
Herr KTA Hansjürgen Waering, 31595 Steyerberg
Herr KTA Dr. Ralf Weghöft, 31582 Nienburg (bis TOP 7)
Herr KTA Jens Beckmeyer, 31592 Stolzenau
Herr KTA Ernst Brunschön, 31547 Rehburg-Loccum
Frau KTA Insa Höltke, 31608 Marklohe
Frau KTA Barbara König-Meyer, 31609 Balge

Herr KTA Heinz-Dieter Meinzen, 31628 Landesbergen
 Frau KTA Birgit Menzel, 31582 Nienburg
 Herr KTA Bernd Meyer, 27333 Schweringen
 Frau KTA Ute Paczkowski, 31623 Drakenburg
 Herr KTA Dr. Arne Röhrs, 27318 Hilgermissen
 Herr KTA Heinz Schmidt, 27324 Hämelhausen
 Herr KTA Norbert Sommerfeld, 31637 Rodewald
 Herr KTA Rolf Warnecke, 31582 Nienburg
 Herr KTA Hartmut Waschke, 31582 Nienburg
 Herr KTA Peter Westermann, 31600 Uchte
 Herr KTA Günter Kesebom, 27324 Hassel
 Herr KTA Friedrich Leseberg, 31634 Steimbke
 Herr stellv. Landrat Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg
 Herr KTA Frank Podehl, 31582 Nienburg
 Herr KTA Heinrich Werner, 31582 Nienburg
 Frau KTA Viktoria Kretschmer, 31582 Nienburg
 Herr stellv. Landrat Heinz-Friedel Bomhoff, 31618 Liebenau
 Frau KTA Christiane Bormann, 31582 Nienburg
 Herr KTA Jörg Brüning, 31636 Linsburg
 Frau KTA Nazli Pehlivan, 31600 Uchte

(bis TOP 7)

Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Thomas Klein
 Herr Kreisrat Thomas Schwarz
 Herr KOAR Wilfried Imgarten, Fachbereich Finanzen
 Frau Ilona Scheller, Gleichstellungsbeauftragte
 Frau Christine Graubohm, Vorzimmer Landrat
 Herr KAR Torsten Röttschke, Büro des Landrates

als Stenotypistin
 als Protokollführer

Zuhörer

8 Zuhörerinnen und Zuhörer

Presse

Frau Garms, Die Harke
 Herr Henschel, Kreiszeitung

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr stellv. Landrat Grant Hendrik Tonne, 31633 Leese
 Herr KTA Tim Hauschildt, 31582 Nienburg

KT-Vors. Dera eröffnet um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Vertreter der heimischen Presse sowie die zahlreichen Zuschauer auf der Tribüne, stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Kreistages sowie nachstehende Tagesordnung fest.

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 16.12.2011
- TOP 2: Verzicht auf die Ausschreibung der Stelle des Ersten Kreisrates und Wahl des EKR Thomas Klein zum Ersten Kreisrat
2012/009
- TOP 3: Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG für ein Therapiebecken im neu zu errichtenden Ganzjahresbad in Nienburg
2012/021/1
- TOP 4: Zuschuss zum Ganzjahresbad der Stadt Nienburg/Weser
hier: Zuschussförderung "Regionalentwicklung" durch den Landkreis
2012/015/1
- TOP 5: Haushalt 2012
2011/089/1
- TOP 6: 1. Änderungssatzung der Satzung über die Entschädigung der Kreistagsabgeordneten und sonstigen Ausschussmitglieder des Landkreises Nienburg/Weser vom 09. März 2007
2011/068/2
- TOP 7: Erweiterung des schulischen Angebots im Landkreis Nienburg/Weser um eine Integrierte Gesamtschule
2012/022/1
- TOP 8: Einführung des Ganztagschulbetriebes an der Käthe-Kollwitz-Schule in Uchte mit Wirkung vom 01.08.2012
2012/019
- TOP 9: Errichtung eines Förderschulzweiges mit dem Schwerpunkt Körperliche und Motorische Entwicklung an der Oberschule Heemsen
2012/020

- TOP 10: Ausschuss für Integration, Sport und Kultur - Benennung der
Vertreter aus dem Bereich Integration **2012/014**
- TOP 11: Übertragung von personalrechtlichen Befugnissen vom Kreistag auf
den Kreisausschuss **2011/092**
- TOP 12: Entsendung von Mitgliedern in das Kooperationsgremium "Rech-
nungsprüfung" **2012/007/1**
- TOP 13: Mitteilungen/Anfragen;
hier: Deutscher-Fahrrad-Preis
- TOP 14: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde;
hier: Anfrage von Herrn Axel Nürge aus Stolzenau

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat
gez. Dera	gez. Röttschke	gez. Kohlmeier
Kreistagsvorsitzender	Kreisamtsrat	Kohlmeier



Protokoll zu TOP 1

24.02.2012

**Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom
16.12.2011**

Beschluss:

Der Kreistag genehmigt das Protokoll aus seiner öffentlichen Sitzung vom
16.12.2011.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 2

2012/009
24.02.2012

Verzicht auf die Ausschreibung der Stelle des Ersten Kreisrates und Wahl des EKR Thomas Klein zum Ersten Kreisrat

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

- a) Auf die Ausschreibung der Stelle des Ersten Kreisrates wird verzichtet.
- b) Auf Vorschlag des Landrates wird Herr EKR Thomas Klein mit Wirkung vom 01. November 2012 für die Dauer von acht Jahren zum Ersten Kreisrat gewählt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltung

Beratungsgang:

KTA Kretschmer beantragt, die Stelle auszuschreiben. Sie befürchte, dass durch einen Verzicht ein Stück Spielraum in der demokratischen Gestaltung verloren ginge. So biete die Neuausschreibung die Möglichkeit, dass eine Frau an der Ausschreibung teilnehme.

Erster Kreisrat Klein verlässt zur weiteren Beratung den Kreistagssaal.

KTA Brunschön erwidert, er habe Thomas Klein als kompetenten, freundlichen und sehr loyalen Mitarbeiter der Kreisverwaltung kennen gelernt. Er sei stets für die Politik ansprechbar und stehe mit Rat und Tat zur Seite.

Jeder Landrat könne stolz sein, ein solches Rückrad in der Verwaltung zu haben. Er habe das absolute Vertrauen des Kreistages.

Landrat Kohlmeier betont, es gebe gute Gründe von einer Ausschreibung abzusehen. So sei er hoch zufrieden mit der personellen Besetzung. Es gelte Kompetenz und Kontinuität sicherzustellen.

Gleichstellungsbeauftragte Scheller erläutert, sie habe darauf verzichtet, eine Ausschreibung zu fordern, da Herr Klein eindeutig der Kompetenteste für diese Position sei.

KTA Kretschmer beantrage über die Punkte a) und b) getrennt abzustimmen.

Der Antrag auf getrennte Abstimmung wird mit 38 Nein-, 2 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag auf Ausschreibung der Stelle wird mit 43 Nein-Stimmen und 1 Ja-Stimme abgelehnt.

Erster Kreisrat Klein bedankt sich im Anschluss an die Wahl für das große Vertrauen, das ihm mit dem eindrucksvollen Wahlergebnis zugesprochen worden sei. Er werde in den kommenden Jahren alles tun, diesem gerecht zu werden. Er nehme die Wahl mit Freude an.



Protokoll zu TOP 3

2012/021/1

24.02.2012

Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG für ein Therapiebecken im neu zu errichtenden Ganzjahresbad in Nienburg

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Stadt Nienburg/Weser wird ein weiterer Zuschuss in Höhe von 362.000 € als Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse für das im Rahmen der Baumaßnahme für ein Ganzjahresbad vorgesehene Therapiebecken gewährt. Im Gegenzug verpflichtet sich die Stadt, den im Kreisgebiet befindlichen Förderschulen mit den Schwerpunkten Geistige Entwicklung und Körperliche und Motorische Entwicklung eine schulische Nutzung des Therapiebeckens zu ermöglichen. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Verhandlungen über die Benutzungsgebühr mit der Stadt Nienburg/Weser zu führen.

Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, die Zahlenbasis für eine Sanierung des Therapiebeckens der Helen-Keller-Schule zu erarbeiten, damit der Ausschuss über die schulische Notwendigkeit der Sanierungsmaßnahme beraten kann.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KTA Warnecke betont, dass der Landkreis gemeinsam mit den Städten und Gemeinden offensiv für Standortqualität eintreten müsse, wolle er im Wettbewerb der Standorte um Wirtschaft, Bildung und Kultur standhalten. Hierzu gehöre es, die entsprechenden Infrastruktureinrichtungen vorzuhalten. Die Stadt Nienburg werde mit dem Ganzjahresbad ein Zeichen setzen, das weit über die Stadtgrenze hinaus ausstrahlen und vielleicht sogar mehr als kreisweite Bedeutung haben werde.

Das Ganzjahresbad sei wichtig für den Schulsport und solle für die schwimmsportbetreibenden Vereine im Kreis eine Ausbildungs- und Wettbewerbsstätte sein. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung benötige der Kreis zudem ein Familien- und Gesundheitsbad und das insbesondere. Deshalb sei die Unterstützung des Vorhabens durch den Kreis eine Selbstverständlichkeit.

Hier parallel über das Therapiebad der Helen-Keller-Schule zu diskutieren, sei nicht richtig. Vielmehr müsse diese Frage standortunabhängig nach pädagogischen Gesichtspunkten geklärt werden.

Im Ergebnis stelle sich nur die Frage nach der Höhe der finanziellen Beteiligung am Ganzjahresbad. Angemessen wäre bei der Bedeutung des Vorhabens ein wesentlich höherer Betrag als vorgeschlagen. Der Kreishaushalt lasse jedoch kaum Spielräume für freiwillige Leistungen. Insoweit sei die Abwägung sachgerecht durchgeführt worden. Der Zuschuss sei in der vorgeschlagenen Form aber nur dann vertretbar, wenn der Kreistag zusätzlich einen jährlichen Betriebskostenzuschuss in beachtlicher Höhe für das Vorhaben zur Verfügung stelle.

KTA Koch ergänzt, dass die Stadt Nienburg Zentrumscharakter habe. Deshalb habe der Ausschuss für die allgemein bildenden Schulen festgestellt, dass ein Therapiebecken durchaus schulische Aspekte bediene und es daher sinnvoll sei, dieses Becken mit 1/3 aus der Kreisschulbaukasse zu fördern.

Die insgesamt in Aussicht gestellten 2 Mio. € seien ein ordentlicher Beitrag, den der Landkreis für ein Bad in Nienburg zahle. Mit der Finanzierung durch die Kreisschulbaukasse würden die Kommunen rund 600.000 € zu dem Ganzjahresbad in der Stadt Nienburg beitragen.

Bei aller Überlegung, in der Stadt ein Zentrum zu stärken, dürfe der ländliche Raum nicht vergessen werden. Deshalb sei es wichtig festzustellen, dass ein Zuschuss für das Ganzjahresbad nicht mit der Schließung des Therapie-Beckens in Stolzenau verknüpft sei. Die Verwaltung habe den Auftrag, die Kosten für die Sanierung des Therapiebeckens in Stolzenau zu ermitteln, um eine Entscheidung des Kreistages vorzubereiten.

Der von KTA Warnecke benannte Betriebskostenzuschuss sei bisher nicht Gegenstand der Beratungen gewesen. Auch diese Forderung dürfe nicht mit dem Beschluss verknüpft werden.

Stellv. Landrat Bomhoff fragt an, ob es zutreffe, dass das Projekt nicht von der Stadt selbst, sondern von einer stadteigenen Gesellschaft gebaut und finanziert werde.

Landrat Kohlmeier erläutert, dass der Zuschuss von der Stadt Nienburg beantragt worden sei und ihr gegenüber bewilligt werde. Die benannte Gesellschaft sei eine 100 %ige Tochter der Stadt.

KTA Werner führt aus, der Landkreis müsse seine finanzielle Handlungsfähigkeit bewahren, um bei den zukünftigen Änderungen in der Schulstruktur reagieren zu können. Insofern begrüße er den vorgeschlagenen Beschluss als ausgewogen.

KTA J. Leseberg begrüßt die positive Entscheidung der Stadt Nienburg für das Ganzjahresbad. Selbstverständlich wäre es wünschenswert gewesen, einen deutlich höheren Beitrag zu leisten. Der Kreistag habe jedoch eine Verantwortung gegenüber dem Haushalt. Der Zuschuss in Höhe von 2 Mio. € müsse daher als positives Zeichen gesehen werden.

KTA Sanftleben ergänzt, dass es aus den sachlich vorgetragenen Gründen unstrittig sei, dass ein weiterer Zuschuss aus der Kreisschulbaukasse erfolgen müsse. Auch der Zuschuss aus Regionalmitteln sei völlig gerechtfertigt, weil diese Einrichtung über die Stadtgrenzen hinaus repräsentativ sei.

Mit den im Antrag der Stadt Nienburg gewünschten zusätzlichen 800.000 €, hätte sich seine Fraktion hingegen mit Blick auf die Kreiskasse schwer getan.



Protokoll zu TOP 4

2012/015/1
24.02.2012

**Zuschuss zum Ganzjahresbad der Stadt Nienburg/Weser
hier: Zuschussförderung "Regionalentwicklung" durch den Landkreis**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Landkreis Nienburg/Weser gewährt der Stadt Nienburg für den Neubau des Ganzjahres - und Gesundheitsbades, zusätzlich zu den bereits beschlossenen und noch zu beschließenden Mitteln aus dem Produkt „Schulen“, einen Zuschuss aus dem Produkt Regionalentwicklung. Die gesamte Zuschussfinanzierung aus dem Kreishaushalt soll auf höchstens 2.000.000.- Euro festgeschrieben werden.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

siehe Beratungsgang zu TOP 3 (2012/021/1).



Protokoll zu TOP 5

2011/089/1
24.02.2012

Haushalt 2012

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

§ 5 der Haushaltssatzung wird wie folgt geändert:

Die Umlagesätze für die Kreisumlage werden für das Haushaltsjahr 2012 wie folgt festgesetzt:

- **52 v. H.** von den Steuerkraftzahlen der Grundsteuer A, der Grundsteuer B, der Gewerbesteuer, des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer sowie des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer,
- **46 v. H.** von 90 v. H. der Schlüsselzuweisungen.

In den kommenden Jahren wird die Kreisumlage in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landkreises Nienburg festgesetzt. Die Entwicklung der Liquiditätskredite ist dabei ein wichtiges Kriterium.

Aus den Zielplanungen der Produkte 21110 bis 21170 wird das erste Ziel „Die Reduzierung des Budgets um 5 % wird beibehalten. Qualitätseinbußen sollen dabei vermieden werden.“ gestrichen.

Aus dem Produkthaushalt 55120 – Kreisstraßen wird das Ziel Nr. 2 „Der Neubau von Radwegen gemäß Bauprogramm wird bis 2013 abgeschlossen und danach ausgesetzt.“ gestrichen.

Die Haushaltssatzung 2012 sowie der Haushaltsplan 2012 werden mit den in den Anlagen dargestellten Änderungen beschlossen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Stellv. Landrat Bomhoff führt aus, es sei eine erfreuliche Nachricht, dass der Ergebnishaushalt ausgeglichen sei und ein Überschuss in Höhe von 4,6 Mio. € erwartet werde.

Die Liquiditätskredite hätten am Jahresende 2011 bei 23,5 Mio. € gelegen und könnten mit der Verwendung des Überschusses auf 19 Mio. € reduziert werden. Die ordentlichen Kredite des Landkreises beliefen sich auf 45 Mio. €.

Vor diesem Hintergrund hätten es sich die Mitglieder des Finanzausschusses nicht leicht gemacht, dem Kreistag eine Senkung der Kreisumlage zu empfehlen. Der Umfang der Umlagensenkung beliefe sich auf ungefähr 860.000 € im laufenden Haushaltsjahr. Trotzdem falle die Kreisumlage immer noch mit 2,8 Mio. € höher aus als 2011.

Die Senkung der Kreisumlage setze ein deutliches Zeichen dafür, dass der Landkreis sich mit den kreisangehörigen Gemeinden solidarisch fühle und bereit sei, in guten Zeiten etwas an die Gemeinden abzugeben, auch wenn es mit Blick auf die eigene Verschuldung nicht leicht falle. Die Schicksalsgemeinschaft von Kreis und Gemeinden dürfe nicht als Einbahnstraße gesehen werden. Vielmehr gehe er davon aus, dass die Gemeinden sich in anderen Zeiten auch noch daran erinnern würden.

Der Finanzausschuss sei nicht der Ansicht, dass die vom Landesgesetzgeber erfolgte Neuverteilung der Schlüsselzuweisungen zugunsten der Landkreise um 1,4 % automatisch Überlegungen zur Senkung der Kreisumlage nach sich ziehen müsse. Vielmehr hätte bei einer angemessenen Neuverteilung der Schlüsselzuweisungen den Landkreisen 3 % mehr zugestanden. Der Landesgesetzgeber habe aber mit Rücksicht auf die Gemeinden bereits eine Nivellierung vorgenommen und den Landkreisen nur 1,4 % mehr zugesprochen.

Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen sei eine vorübergehende. Deshalb müsse auch bei der mittelfristigen Planung mit Zurückhaltung reagiert werden. Die kommunale Ebene sei nach wie vor unterfinanziert, das betreffe sowohl die Gemeinden und Städte als auch die Landkreise. Darüber könne auch die momentane Entspannung nicht hinwegtäuschen.

Er bitte, der vorgelegten Haushaltssatzung und dem Haushaltsplanentwurf die Zustimmung zu geben.

KTA Bergmann-Kramer betont, dass es besonders schwer gefallen sei, die beiden Hebesätze um einen Punkt zu senken. So lange man 23 Mio. € Kassenkredite habe, verbiete es sich eigentlich, dieses zu tun. Wenn in Zukunft die Ausstattung der Finanzen schlechter aussehen sollte, müsse man auch wieder auf die Gemeinden zugehen.

Die Konjunktur sei gut gelaufen und auch auf Landes- und Bundesebene sei auf Gehör gestoßen, dass die Ausstattung der Kommunen schlecht sei. Wenn tatsächlich 45 % der Grundsicherung erstattet würden, würde dies den Haushalt um 7 Mio. € entlasten.

Trotz der guten konjunkturellen Entwicklung dürften die Zahlen nicht übermütig stimmen. So würden die Personalkosten durch Lohnerhöhungen und Neueinstellungen weiter steigen. Vor diesem Hintergrund sei die Zusicherung des Landrates, sich hier auf Zielvereinbarungen einzulassen, von besonderer Bedeutung.

Die Kooperation mit der Hochschule Harz könne zudem einen Überblick über die weitere Entwicklung verschaffen.

KTA Brunschön betont die insgesamt positive Entwicklung der Wirtschaftslage und damit der Kreisfinanzen. Der Kreistag hätte von einem Überschuss in Höhe von 5,8 Mio. € ausgehen können, wenn er nicht dazu gekommen wäre, die Kreisumlage um einen Prozentpunkt zu senken. Die Kreisumlagensenkung müsse als positives Signal zur Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden gesehen werden. Sie könne aber keinen Automatismus für die Zukunft darstellen, da der Landkreis weiter hoch verschuldet sei.

Auch wenn sich das ordentliche Ergebnis im Produkthaushalt „Soziales“ um etwa 5,3 Mio. € verbessert habe, so verursache dieser Bereich mit einer Unterdeckung von 22 Mio. € immer noch die höchsten Belastungen im Haushalt. Ähnlich sehe dies im Produktbereich „Jugend“ aus. Der Produktbereich „Bildung und Kultur“ schlage mit einer Unterdeckung von ca. 11 Mio. € zu Buche. Mit Blick auf die Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler seien hier weder Qualitäts- noch Budgeteinbußen gewollt.

Bei den Personalkosten lasse sich feststellen, dass von den 29 neuen Stellen 8,5 Stellen bereits durch den Kreistag bewilligt waren und 11 Stellen durch Bundes- und Landesmittel finanziert würden. Letztlich würden 10 Stellen übrig bleiben, die tatsächlich neu hinzukämen. Hier müsse der Kreistag auf die Prüfung und die Notwendigkeit, die die Kreisverwaltung dargestellt habe, vertrauen.

Seine Fraktion verbinde die Zustimmung zum Stellenplan jedoch mit der Aufforderung an die Verwaltung, eine externe Aufgabenüberprüfung und Bemessung des Personaleinsatzes vornehmen zu lassen. Eine Steuerung der Personalentwicklung durch überzeugende Kriterien sei notwendig und für den nächsten Haushalt gewünscht.

Aus Sicht der Mehrheitskooperation würden sich folgende politische Schwerpunkte für die kommenden Haushaltsjahre ergeben:

Das Thema „Bildung“ sei der eindeutige Arbeitsschwerpunkt der Mehrheitskooperation im Kreistag. Hier müssten die Versäumnisse der Vergangenheit beim Schulangebot aufgearbeitet und die Schullandschaft um eine IGS erweitert werden. Weitere Entscheidungen zur Veränderung der Schullandschaft im Landkreis müssten folgen.

Die Bereitstellung der nötigen Infrastrukturmittel werde viel Geld kosten. Damit allein wolle sich seine Fraktion jedoch nicht begnügen. Für die Jahre 2012 bis 2014 würden jährlich zusätzlich 225.000 € in den Haushalt eingestellt, um bildungsschwachen Kindern in den Schulen zu helfen. Die Mittel sollten für die Schüler eingesetzt werden, die keinen Anspruch auf Lernförderung im Rahmen des Gutschein-Verfahrens nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz besitzen würden, und damit die Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu verbessern.

Sehnsüchtig erwarte seine Fraktion die Einrichtung eines Bildungsbüros im Landkreis. Ferner habe sie sich für eine Rücknahme der Kürzungen im Kulturbereich und im Bereich Schulen ausgesprochen. Auch bleibe seiner Fraktion der weitere Radwegbau wichtig. Außerdem müsse der Teilplan Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms endlich abgeschlossen werden.

Die eingegangene Kooperation mit dem Landkreis Schaumburg würde immer realistischer. Die Leitstelle und das gemeinsame Rechnungsprüfungsamt würden zum 1. Januar 2013 ihren Betrieb aufnehmen. Das werde zu weiteren Einsparungen führen. Darüber hinaus seien weitere Kooperationen mit diesem oder auch mit anderen Partnern denkbar.

Die beschriebenen Themenfelder würden die politischen Absichten der Mehrheitskooperation in den nächsten Jahren wiedergeben. Seine Fraktion stimme dem Haushalt in der vorliegenden Fassung zu. Er sei ausgeglichen und zukunftsorientiert.

KTA Werner stellt fest, dass der Landkreis trotz der besseren Finanzausstattung im Sozialbereich dort noch immer mehr ausgeben als einnehmen würde. Er sei froh, dass der Bund bei der Grundsicherung seine Verantwortung übernehmen wolle. Allerdings könne das Wirtschaftswachstum von 2011 in den Folgejahren bei weitem nicht erreicht werden. In der Wirtschaft könnten damit nicht die Zahlen erreicht werden, die der Landkreis bräuchte, um seinen Haushalt zu sanieren.

Er begrüße außerordentlich die Entscheidung, dass die Kreisumlage gesenkt werde. Das gebe den Kommunen Luft zum Atmen. Außerdem begrüße er die Rücknahme der 5 %-igen Budgetkürzung im Bildungsbereich.

Im Bereich „Schulen“ müssen in den nächsten zwei bis drei Jahren mit Konzepten und Prioritäten gearbeitet werden. Auch die Inklusion werde den Landkreis vor Herausforderungen stellen.

Mittel, die durch die nötigen Schulschließungen frei würden, müssten im Bildungshaushalt belassen werden, um die Qualität in der Ausstattung zu verbessern.

Neben einer Konzeption im Bildungsbereich bedürfe es auch neuer Konzepte im Radwege- und Kreisstraßenbau. Dabei stehe nicht der Neubau, sondern eine wirtschaftliche Unterhaltung von Kreisstraßen und Radwegen im Mittelpunkt.

KTA Heineking betont, dass der wirtschaftliche Erfolg in den Kommunen und im Land auch mit den Unternehmern und Arbeitnehmern zu tun habe. Letztendlich hätten aber auch die vom Land und Bund aufgelegten Konjunkturpakete dazu geführt, dass Arbeitsplätze im Landkreis Nienburg erhalten geblieben und neue entstanden seien.

Die Bundesregierung habe richtig entschieden, die Grundsicherung im Alter schrittweise bis 2014 zu übernehmen. Immerhin bedeute dies für den Landkreis Nienburg Mehreinnahmen in Höhe von mehr als 5 Mio. €. Die im Land Niedersachsen realisierte Konnexität würde man sich auch vom Bund wünschen.

Er freue sich persönlich, dass der Landkreis an den Berufsbildenden Schulen 25.000 € für die Metallwerkstätten einsetze, um eine Software, die älter als 30 Jahre sei, zu ersetzen.

KTA Sanftleben betont, die aufgezeigte erfreuliche Einnahmeentwicklung müsse einerseits zum schrittweisen Abbau der Schulden genutzt werden, andererseits dürfe es der Kreistag nicht unterlassen, notwendige Investitionen für wichtige Aufgaben zu tätigen. Diesen Ansprüchen trage der Haushaltsentwurf Rechnung.

Für seine Fraktion sei es vorrangig, Aufgaben im „Bildungs-, Jugendhilfe- und Sozialbereich“ zu verfolgen, um auf veränderte Bedingungen und Entwicklungen in der Gesellschaft reagieren zu können. Den gewachsenen Problemen und Herausforderungen könne der Landkreis nachweislich nicht ohne zusätzliches Personal in der Verwaltung begegnen. Der überwiegende Teil des Stellenzuwachses werde in diesen Problembereichen benötigt. Nichtsdestotrotz sei eine Aufgabenüberprüfung durch externe Gutachter erforderlich.

Alle Fraktionen hätten betont, dass der Bereich Bildung ganz oben auf ihrer Agenda stehen würde. Dies lasse hoffen, dass bei allen Kontroversen der Kreistag des Öfteren an einem Strang ziehen werde. In der Dezember-Sitzung sei dies bei den zusätzlichen Ausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket bereits gezeigt worden. Mit den Beschlüssen zur Käthe-Kollwitz-Schule in Uchte und zur Einrichtung eines Förderschulzweiges in Heemsen würde das Gremium dies erneut demonstrieren.

Seine Fraktion hoffe, dass die Gemeinsamkeit auch trage, wenn es um die Sanierung und Erhaltung des Therapie-Beckens an der Helen-Keller-Schule in Stolzenau ginge.

Bei der Kulturförderung habe sich seine Fraktion dafür eingesetzt, die 5 %-Kürzung zurückzunehmen.

Der Landkreis habe nicht nur den Anspruch bildungs- und familienfreundlich zu sein, er habe auch schon eine Auszeichnung als Fahrradfreundlicher Landkreis bekommen. Wenn der Landkreis hier weiter attraktiv sein wolle, müsse die Beratung über mögliche Defizite fortgesetzt werden.

Seine Fraktion stimme dem Haushaltsentwurf zu.

KTA J. Leseberg zeigt sich erfreut über die Zahlen, die die Kämmerei vorgelegt habe.

Zwei Punkte lägen der Wählergemeinschaft am Herzen. Dies sei zum einen der Bereich Personal, der mit 32 Mio. € im Haushalt der größte Posten sei. Dort müsse eine faire Vereinbarung auf Basis von Fakten getroffen werden. Hierzu gehöre eine Analyse der Arbeit der einzelnen Abteilungen.

Der zweite Punkt sei die Senkung der Kreisumlage. Die 860.000 €, die der Landkreis den Gemeinden hier gebe, würde die Gemeinden nicht retten und den Landkreis auch nicht in den Abgrund stürzen. Sie stärke aber die Zusammenarbeit und die Atmosphäre zwischen Gemeinden und Landkreis.



2011/068/2

24.02.2012

1. Änderungssatzung der Satzung über die Entschädigung der Kreistagsabgeordneten und sonstigen Ausschussmitglieder des Landkreises Nienburg/Weser vom 09. März 2007

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

- a) Artikel 1 der beigefügten Änderungssatzung wird beschlossen.
- b) Artikel 2 der beigefügten Änderungssatzung wird beschlossen.
- c) Artikel 3 der beigefügten Änderungssatzung wird beschlossen.

Die 1. Änderungssatzung der Satzung über die Entschädigung der Kreistagsabgeordneten und sonstigen Ausschussmitglieder wird damit beschlossen.

Beratungsergebnis:

zu a) Einstimmig mit 1 Enthaltung

zu b) Mit Stimmenmehrheit: 37 Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

zu c) Mit Stimmenmehrheit: 42 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 2 Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 7

2012/022/1
24.02.2012

Erweiterung des schulischen Angebots im Landkreis Nienburg/Weser um eine Integrierte Gesamtschule

Beschluss:

Das Gremium beschließt geändert.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Elternbefragung für die Errichtung einer Integrierten Gesamtschule mit Standort im Zentrum Nienburgs zum Schuljahresbeginn 2013/2014 durchzuführen. Als Bestandteil der Elternbefragung sollen 3 Informationsveranstaltungen (je eine im Nordkreis, im Südkreis und in Nienburg) stattfinden.

Die Verwaltung wird gebeten, folgende Aussagen in den Informationstext für die Eltern einzuarbeiten: Im Landkreis Nienburg/Weser sind aufgrund des demographischen Wandels Schulen in ihrem Bestand gefährdet. Die Einführung einer Integrierten Gesamtschule hat darüber hinausgehende Konsequenzen.

Der Informationstext für die Eltern wird durch Anlage 3 zu Drucksache 2012/022 ergänzt.

Schulträger einer möglichen Integrierten Gesamtschule ist der Landkreis Nienburg/Weser.

Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, mit der Stadt Nienburg/Weser über eine Kompensation der durch die Einführung einer Integrierten Gesamtschule zusätzlich zu erwartenden Schülerströmen aus den umliegenden Kommunen in die Stadt Nienburg zu verhandeln.

Beratungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit: 27 Ja-Stimmen 18 Nein-Stimmen -- Enthaltungen

Beratungsgang:

KTA Koch führt aus, der Kreistag habe stets viel Geld für Bildung ausgegeben, um Kindern eine bestmögliche Ausbildung zu Teil werden zu lassen.

Nachdem die bisherige Mehrheitsgruppe vor zwei Jahren die Errichtung einer IGS abgelehnt habe, habe die Kooperation im Dezember mit Mehrheit beschlossen, dass eine Elternbefragung stattfinden solle. Dieser Beschluss sei demokratisch mit Mehrheit gefallen und werde von ihm nicht in Frage gestellt.

Erschrocken sei er jedoch über die Geschwindigkeit mit der diese Befragung starten solle. Die Kooperation habe zu der Befragung gesagt, dass diese trotz vieler offener Fragen starten solle, weil dies im Wahlkampf zugesagt worden sei.

Es habe ihn in der Schulausschusssitzung sehr überrascht, dass der Standort am Nordertorstriftweg nicht mehr aufgeführt werden solle, sondern sich die Befragung auf eine Schule im Zentrum von Nienburg beziehe. Welche Schule dies sein solle, welche Kosten damit verbunden seien, bleibe unklar. Die Kooperation akzeptiere, dass die Kinder in ein Provisorium einziehen müssten.

Ein Standort mit vorhandener Mensa sei nicht in Sicht. Eine Schulform ohne Ganztagsangebot einzurichten, sei jedoch ein Rückschritt. Unklar seien auch die Möglichkeiten des Sportunterrichts.

Die Stadt wünsche sich weiter eine IGS unter ihrer Trägerschaft. Träger einer neuen Schulform könne aber eigentlich nur der Landkreis sein.

Diese Dinge seien alle mit heißer Nadel gestrickt. Die Befragung solle durchgesetzt werden, ohne wichtige Fragen zu klären. Hierzu gehörten auch die Schülerströme aus Nienburg ins Umland. Eine Konzentration der Schüler in Nienburg würde den ländlichen Raum ausbluten lassen.

Wenn der Landkreis eine neue Schulform in der Stadt einrichte sei es auch zwingend notwendig über einen Ausgleich zu sprechen.

Für ihn wäre auch die Zusammenlegung der Schulämter ein Signal. Es sei nicht nachvollziehbar, dass sich die Stadt und der Landkreis ein eigenes Schulamt leisten.

Die Kosten für die Erweiterung des räumlichen Konzepts am Standort Nordertorstriftweg würden sich auf 4 - 5 Mio. € belaufen. Hinzu kämen die Sanierungskosten. Ob und wie der Landkreis das Gebäude von der Stadt übernehmen könne, sei aber unklar; ebenso die Frage, wo denn die dort untergebrachten Gymnasial-Klassen bleiben sollten.

Bei all den angesprochenen Themen müsse den Eltern bei den geplanten Informationsveranstaltungen gesagt werden, dass man hierzu keine Aussagen treffen könne. Dies könne nicht die Politik des Kreistages sein. Er könne den aufgebauten Zeitdruck und auch die Zustimmung der Wählergemeinschaft zu diesem Vorgehen nicht verstehen.

Seine Fraktion wolle die Elternbefragung nicht verhindern, sondern die Eltern erst umfassend informieren und dann befragen. Er stelle daher für die CDU-Fraktion den Antrag, folgenden abweichenden Beschluss zu treffen:

„Die Verwaltung wird beauftragt eine Elternbefragung für die Einrichtung einer IGS mit dem Standort im Zentrum Nienburg zum Schuljahresbeginn 2014/2015 nach der Klärung aller offenen Fragen durchzuführen. Schulträger einer möglichen IGS ist der Landkreis Nienburg/Weser.

Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, mit der Stadt Nienburg/Weser über eine Kompensation der durch die Einführung einer IGS zusätzlich zu erwartenden Schülerströme aus den umliegenden Kommunen in die Stadt zu verhandeln. Die Verwaltung wird gebeten, in dem vorgelegten Informationstext für die Eltern einzuarbeiten: Im Landkreis Nienburg/Weser sind aufgrund des demographischen Wandels Schulen in ihrem Bestand gefährdet. Die Einführung einer IGS hat darüber hinausgehende Konsequenzen.“

Wesentlicher Kern sei die Verschiebung des Termins auf 2014/15 und die vorherige Klärung aller Fragen. Diese sorgfältige Arbeit sei der Kreistag, dem Landkreis, seinen Schulen und auch seinen Gemeinden schuldig. Mit dem festen Ziel vor Augen würde der Verwaltung und der Stadt damit die Möglichkeit gegeben, alle Fragen zu klären.

KTA Höltke erwidert, dass es zwar noch offene Fragen gebe, aber auch noch Zeit bliebe, diese zu klären.

Die Elternbefragung sei der erste Schritt zur Einrichtung einer IGS. Die Einführung des besonderen pädagogischen Angebotes einer IGS stehe seit Jahren auf der Agenda. Priorität hätten die pädagogischen Inhalte. Die Räumlichkeiten am Nordertorstriftweg würden bisher schulisch genutzt. Dies sei sicherlich auch den Schülern einer IGS zu ermöglichen und zuzumuten.

Als Standort favorisiere ihre Fraktion nach wie vor Nienburg. Offene Fragen, z. B. zur Schulträgerschaft müssten zeitnah zwischen Landkreis und Stadt besprochen und geklärt werden. Dennoch laute der Vorschlag ihrer Fraktion, die Elternbefragung im bestehenden Zeitplan umzusetzen. Im Ergebnis sei auch die Einrichtung einer IGS zunächst als Provisorium im Nordertorstriftweg denkbar. Laut Berechnungen wäre dort der Betrieb der IGS für drei Jahre räumlich machbar. Hinsichtlich des Mittagessens wäre eine Übergangslösung wie an anderen Ganztagschulen möglich.

Der Weg zur IGS umfasse im Zweifel auch die Suche nach einem alternativen Standort in der Stadt. Neben einem Neubau könnten dies z. B. freiwerdende Liegenschaften der Förderschulen oder die Liegenschaften an der Buermende sein.

Ihre Fraktion wolle sich klar für Bildung in diesem Landkreis einsetzen. Dies bedeute ein vielfältiges Schulangebot. Hierzu gehöre auch eine IGS.

KTA Werner betont, dass er für eine Elternbefragung sei.

Die bisherige Beschlussfassung laute, dass der Ablauf der Elternbefragung, der Inhalt der Elternbefragung sowie die sich für den Landkreis daraus ergebenden Konsequenzen im Ausschuss für die allgemein bildenden Schulen vorbereitet werden sollten.

Hierzu gehöre auch eine Aufstellung, welche Schulen in ihrem Bestand gefährdet seien. Die Einrichtung einer IGS in Nienburg bedeute, dass mehrere bereits im Bestand gefährdete Schulen zusätzlich Schüler verlieren würden. Diese Information gehöre aus Fairness zur vorliegenden Elterninformation.

Er stelle daher den Antrag, den Beschluss wie folgt zu ergänzen: „Der Informationstext für die Eltern wird durch Anlage 3 zu Drucksache 2012/022 ergänzt“.

Im Arbeitskreis „Schulentwicklung“ sei deutlich gesagt worden, dass die Qualität vor den Standort zu setzen sei und eine Dreizügigkeit an den Schulen wünschenswert und anstrebenswert wäre. Dies bedeute, dass der Kreistag perspektivisch auch Schulstandortschließungen beschließen müsse. Dies müsse man dem Bürger vorher sagen.

Seiner Meinung nach werde die Sanierung der Schule Nordertorstriftweg über 6 Mio. € kosten. Auch dies müsse man dem Bürger eindeutig sagen. Zurzeit sei aber noch nicht abschließend geklärt, ob und unter welchen Bedingungen es zu einer Gebäudeübergabe komme.

Die Elternbefragung könne durchgeführt werden. Es gebe aber noch verschiedene Hausaufgaben zu machen. Man dürfe nicht suggerieren, dass die IGS zum Nulltarif und ohne Konsequenzen zu realisieren sei. Dementsprechend bitte er um die Unterstützung seines Antrages.

KTA Brieber stellt fest, dass im vorliegenden Text der Elternbefragung daraufhin gewiesen werde, dass aufgrund des demographischen Wandels Schulen im Landkreis in ihrem Bestand gefährdet seien und die Einführung einer Integrierten Gesamtschule darüber hinausgehende Konsequenzen habe. Aus seiner Sicht reiche dies vollkommen aus. Alles andere sei stochern im Nebel. So seien die Schulen in Steyberg und Landesbergen sowie die Realschule in Stolzenau alle in ihrem Bestand gefährdet. Wahrscheinlich werde nur eine Schule von diesen dreien übrig bleiben. Wenn dieses in Verbindung mit der IGS angebracht würde, entstehe bei Eltern dort der Eindruck, sie könnten ihre Schule erhalten, wenn sie gegen eine IGS stimmten. Dies sei unredlich.

Zur Schule am Nordertorstriftweg lasse sich feststellen, dass dort in den nächsten drei Jahren weiter Gymnasiasten unterrichtet würden, ohne dass irgendjemand Bedenken habe. Daher könne man das Gebäude auch Einsteigern der IGS zumuten. Im Übrigen seien dort für die ersten drei Jahre ausreichend Klassenräume vorhanden, weil das Marion-Dömhoff-Gymnasium dort rausgehe.

KTA Sanftleben ergänzt, dass zwar noch alternative Standorte diskutiert würden, er aber davon ausgehe, dass man schnell wieder auf den Nordertorstriftweg zurückkomme. Für die ersten Jahrgänge bestehe dort die Möglichkeit des Unterrichts. Keine der offenen Fragen rechtfertige die Verschiebung der Elternbefragung. Die Schulträgerschaft müsse beim Landkreis liegen.

Die beantragte textliche Erweiterung der Elternbefragung halte er für verzichtbar. Ob die Einführung der Integrierten Gesamtschule Konsequenzen hätte, die über die Folgen des demographischen Wandels hinausgingen, wisse man im Prinzip nicht genau.

Die von der CDU-Fraktion beantragte Verschiebung der Elternbefragung um ein Jahr laufe Gefahr, als Verhinderungsstrategie wahrgenommen zu werden.

KTA Sieling weist darauf hin, dass er in der Dezember-Sitzung der Elternbefragung zugestimmt habe. Damals sei klar gewesen, dass es noch eine Menge Schularbeit zu machen gebe, bevor es zur Elternbefragung komme. Insofern überraschte ihn das Tempo, das jetzt eingeschlagen werde, um zum Schuljahresbeginn 2013 eine IGS umzusetzen.

Wenn der Kreistag eine neue Schulform einführe, müsse er auch beantworten können, was mit den bestehenden Schulen passiere. Es sei für ihn fraglich, ob es richtig sei, eine neue Schulform in Nienburg einzuführen und damit noch mehr Schülerströme ins Zentrum zu lenken.

Er würde es sehr begrüßen, wenn der Kreistag sich die Zeit nehmen würde, um das Thema breitflächig zu diskutieren.

KTA Kretschmer erwidert, die CDU-Fraktion hätte die Möglichkeit gehabt, vor zwei Jahren dieser Elternbefragung zuzustimmen. Dann hätte man in Ruhe alles klären können. Erstmal heiße es, die Ergebnisse der Elternbefragung abzuwarten, bevor man sich selber in eine Sackgasse manövriere.

Es gehe hier um ein neues Angebot mit ganz anderem pädagogischen Konzept, dass es im Landkreis Nienburg noch nicht gebe. Nachbarlandkreise hätten längst mehrere Integrierte Gesamtschulen eingeführt. Wenn sich der Kreistag nicht zu einer Elternbefragung zu dieser IGS durchringen könne, meine man es mit den Investitionen in gute Bildung nicht ernst.

KTA Bomhoff macht darauf aufmerksam, dass man bis zur beabsichtigten Einführung in 1 ½ Jahren noch allerhand klären könne. Zudem beginne die Schule erst einmal mit dem 5. Schuljahr. Dies seien fünf Klassen und mindestens 125 Kinder. Der Schulstandort Nordertorstriftweg könne drei Jahrgänge ohne Probleme aufnehmen. Damit eröffne sich eine Zeitschiene, in der jede offene Frage geklärt werden könne.

Über die bisher genannten Fragestellungen hinaus, stelle sich z. B. noch die Frage, woher eigentlich die Schülerinnen und Schüler, die zur IGS gehen sollen, kommen würden oder wie sich die Inklusion sowie die demographische Entwicklung wirklich auswirken würden.

Auch die Frage, ob es bei einer Fünfüzigkeit bleibe, sei offen. Dies könne sich durch die Landtagswahlen ändern.

Unabhängig davon verpflichte die Elternbefragung den Landkreis in keiner Weise eine Schule einzurichten. Sie schaffe lediglich die Voraussetzung.

Zum Thema Schulschließungen verweise er auf die Samtgemeinden Liebenau und Marklohe, die eine gemeinsame Hauptschule und eine gemeinsame Realschule hätten.

80 % der Kinder, die in Liebenau wohnten und im Sekundarbereich-I- und II-Bereich beschult würden, würden bereits jetzt mit dem Bus entweder nach Marklohe oder nach Nienburg fahren. Die Hauptschule im Liebenau sei im Bestand gefährdet. Dies habe aber überhaupt nichts mit der IGS zu tun, sondern mit der Tatsache, dass immer weniger Eltern ihre Kinder zur Hauptschule schicken wollten.

Die IGS-Schüler würden zu einem Drittel Schüler sein, die eine Gymnasialempfehlung hätten. Damit würden auch die Gymnasien mit Sicherheit weniger Schülerinnen und Schüler haben und nicht mehr alle Klassenräume benötigen.

Viele offene Fragen ließen sich folglich überhaupt noch nicht klären. Die Elternbefragung solle nun durchgeführt und dann alles nötige geklärt werden.

KTA Jürgen Leseberg führt aus, dass es bei der IGS im Grundsatz um eine Glaubensfrage gehe, die parteipolitisch unterschiedlich gesehen werde.

Die CDU-Fraktion habe bisher jegliche Diskussion zu einer Befragung abgelehnt. Die Wählergemeinschaft sei hingegen für eine Befragung gewesen. Enttäuschend sei für ihn der Stand der organisatorischen Dinge, die die Stadt anbiete. Seit drei Jahren werde dort über eine IGS geredet. Vernünftig vorbereitet sei jedoch nichts.

Es sei jedoch nicht richtig, deshalb die Befragung zu verhindern. Sollten die offenen Fragen jedoch nicht in nächster Zeit ausgeräumt werden können, werde es sicherlich Probleme bei den weiteren Abstimmungen geben.

Über die Einführung der IGS müsse sehr wohl noch abgestimmt werden. Seine Fraktion sei dabei nicht bereit, finanzielle Mittel in größerem Umfang zu investieren, ohne ein Konzept für die Zukunft zu haben.

Die von KTA Werner beantragte Ergänzung der Elterninformation könne sich seine Fraktion gut vorstellen.

KTA Dr. Weghöft erklärt, der Standort Triftweg müsse energetisch saniert werden. Er würde sich freuen, wenn die Politik an allen Stellen insgesamt sich so für die Schulen einsetzen würde, wie es hier für eine Schulform geschehe.

Die Albert-Schweitzer-Schule belege aktuell mit 17 Klassen und 450 Schülern die Nordertordtriftweg-Schule. Das werde sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern. Für die IGS werde sich unabhängig davon Raumbedarf für Fachräume, den Verwaltungsbereich und den sonstigen Angebote ergeben.

Die offenen Fragen müssten zwingend im Vorfeld beantwortet werden, sonst könne man die Schule auch beim besten Willen nicht einrichten. Nach dem Zeitplan, den der Landrat vorgestellt habe, solle nach der Oktober-Sitzung der Antrag eingereicht werden. Die Arbeitsgruppe, die von der Landesschulbehörde dann eingerichtet werde, müsse über Räume verfügen können. Sollte dies zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht der Fall sein, brauche man den Antrag gar nicht erst zu stellen.

Der Antrag der CDU-Fraktion sei daher ernst gemeint. Ansonsten werde man die befragten Eltern verträsten müssen, da sich die IGS bis 2013/2014 gar nicht realisieren lassen.

KTA Koch betont nochmals, dass seine Fraktion den Mehrheitsbeschluss aus Dezember akzeptiere und die Elternbefragung nicht ablehne. Sie wolle die Befragung nur zu einem späteren Zeitpunkt festgeschrieben haben, zu dem die offenen Fragen geklärt sein könnten.

KTA Werner wirft ein, dass der Kreistag im Oktober die Einführung der IGS auch für 2014 festschreiben könne.

Die Daten zur demographischen Entwicklung seien klar. Die Geburtenstatistik liege vor. Wenn man von den deutlich rückgängigen Schülerzahlen 120 Schüler pro Jahrgang abziehe, ergebe sich eine massive Verschärfung. Dies habe nichts mit Kaffeesatz-Leserei zu tun und müsse den Eltern unzweifelhaft klar gemacht werden.

Daher hoffe er, dass sein Antrag eine Mehrheit bekomme.

KTA Cunow würde es begrüßen, wenn sich der Kreistag für dieses Vorhaben die Zeit für einen ausreichenden Vorlauf nehme. Es solle von Anfang kein Provisorium sondern eine gute IGS mit einer guten Ausstattung entstehen und kein No-Name-Produkt.

KTA Sanftleben stellt im Hinblick auf den Antrag von KTA Werner heraus, dass auf dessen Ausführungen im Schulausschuss hin, bereits in den Text der Passus „die Einführung einer IGS hat darüber hinausgehende Konsequenzen.“ aufgenommen worden sei. Dies sage alles aus, was aktuell vermittelt werden könne.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird die Sitzung von 17.30 Uhr bis 17.45 Uhr unterbrochen.

KTA Brunschön erklärt, dass die Mehrheitskooperation dem Zusatzantrag von KTA Werner zustimmen werde.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird mit 18 Ja- und 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Änderungsantrag des KTA Werner wird mit 43 Ja-, 1 Nein-Stimme und einer Enthaltung angenommen.

Der Kreistag fasst sodann mit 27 Ja- und 18 Nein-Stimmen den umseitig genannten Beschluss.



Protokoll zu TOP 8

2012/019
24.02.2012

**Einführung des Ganztagschulbetriebes an der Käthe-Kollwitz-Schule in Uchte
mit Wirkung vom 01.08.2012**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Käthe-Kollwitz-Schule in Uchte wird ab dem 01.08.2012 als offene Ganztags-
schule geführt.

Der Antrag auf Genehmigung des Ganztagschulbetriebes gemäß § 23 NSchG ist
beim Niedersächsischen Kultusministerium einzureichen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KTA Heineking erläutert, dass er Gespräche mit dem Kultusministerium geführt habe,
um die beantragten fünf Lehrerstunden zu sichern. Sollte der Antrag jetzt wie von
Herrn Landrat Kohlmeier vorgestellt umformuliert werden, würden die fünf Stunden
gewährt. Der Ganztagsbetrieb an der Käthe-Kollwitz-Schule könne damit stattfinden.



Errichtung eines Förderschulzweiges mit dem Schwerpunkt Körperliche und Motorische Entwicklung an der Oberschule Heemsen

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

An der Oberschule Heemsen wird mit Beginn des Schuljahres 2012/2013 ein Förderschulzweig mit dem Schwerpunkt Körperliche und Motorische Entwicklung im Sekundarbereich eingerichtet. Für notwendige Einrichtung und Ausstattung soll ein Haushaltsansatz von 8.000 € in den Haushaltsplan 2012 eingestellt werden.

Ein Antrag auf Genehmigung des Förderschulzweiges ist gemäß § 106 NSchG bei der Niedersächsischen Landesschulbehörde einzureichen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KTA Koch führt aus, dass mit der Einrichtung des Schulzweiges für körperliche und motorische Entwicklung an der Oberschule den Schülern die gewünschte Integrationsmöglichkeit eröffnet würde. Dabei bleibe für die Förderschüler der Klassenverband erhalten.

Durch die Einrichtung des Schulzweiges blieben den Kindern lange Fahrtzeiten nach Hannover erspart. Die Verbindung könne ein Erfolgsmodell der Integration werden. Dem Lehrerkollegium und dem Schulvorstand der Oberschule gelte Dank und Anerkennung für die Bereitschaft, die Förderschule dort einrichten zu wollen.



2012/014
24.02.2012

Ausschuss für Integration, Sport und Kultur - Benennung der Vertreter aus dem Bereich Integration

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Als beratende Mitglieder für den Ausschuss für Integration, Sport und Kultur werden Ute Müller, Steyerberg, und als Vertreter Oskar Schulz, Nienburg, für den Bereich Integration benannt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 16 Enthaltungen

Beratungsgang:

KTA Pehlivan führt aus, dass das Netzwerk für Zuwanderer und Zuwanderinnen im Landkreis Nienburg in der Sitzung am 28.11.2011 aus seiner Mitte die vorgeschlagenen Personen benannt habe.



**Übertragung von personalrechtlichen Befugnissen vom Kreistag auf den
Kreisausschuss**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Kreistag überträgt – zusätzlich zu den im Beschluss des Kreistages vom 13.07.2007 genannten Entscheidungen – ab sofort für Laufbahnbeamten der Laufbahngruppen 1 und 2 folgende beamtenrechtliche Entscheidung auf den Kreisausschuss:

Versetzung zu einem anderen Dienstherrn.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltung

Beratungsgang:

ohne



2012/007/1
24.02.2012

Entsendung von Mitgliedern in das Kooperationsgremium "Rechnungsprüfung"

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Als Mitglied des Kooperationsgremiums „Rechnungsprüfung“ wird der Abgeordnete Ernst Brunschön und als dessen Stellvertreter der Abgeordnete Wilhelm Bergmann-Kramer benannt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 13

24.02.2012

Mitteilungen/Anfragen;
hier: Deutscher-Fahrrad-Preis

Beschluss:

Beratungsgang:

Kreisrat Schwarz teilt mit, dass am 23.02.2012 in Essen der Deutsche-Fahrrad-Preis „best for bike“ vergeben worden sei. Der Landkreis sei mit dem Projekt „Radwegepaten“ in der Kategorie Alltagsradverkehr für den Preis nominiert gewesen. Leider sei der Landkreis nicht ausgezeichnet worden. Er werte es jedoch als Erfolg, wenn sich der Landkreis bei 80 Teilnehmern eines Wettbewerbes unter den ersten Dreien wieder finde.



Protokoll zu TOP 14

24.02.2012

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde; hier: Anfrage von Herrn Axel Nürge aus Stolzenau

Beschluss:

Beratungsgang:

Axel Nürge aus Stolzenau führt aus, dass die Firma Exxon Mobil Immobilien Probebohrungen in Leese durchführen wolle, um mit dem Fracking-Verfahren unkonventionelles Erdgas zu fördern. Die Bürger und Bürgerinnen in Leese würden das Vorhaben mit überwiegender Mehrheit ablehnen.

In diesem Zusammenhang stelle er folgende Fragen:

- Wie schätzt der Landkreis das Vorhaben von Exxon Mobil in Leese grundsätzlich ein?
- Welche Behörden sind im Genehmigungsverfahren eingebunden?
- Sind die Wasserverbände beteiligt?
- Gibt es für das Genehmigungsverfahren eine Umweltverträglichkeitsprüfung? Wenn nein, warum nicht?
- Welche Maßnahmen trifft der Landkreis bei Unfällen mit Umweltschäden?
- Gibt es weitere Bohrvorhaben mit der Fracking-Methode im Landkreis Nienburg oder an den Kreis-Grenzen? Und wenn ja, wann und wo und zu welchem Zeitpunkt?

/ Landrat Kohlmeier sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu (siehe Anlage).